

Eugen Roth

Von: Thomas.Schulz@DGB.de
Gesendet: Freitag, 1. Oktober 2010 11:51
An: WestSaar@DGB.de
Betreff: DGB Saar PM 053/010: Roth: "Nicht den Öffentlichen Dienst ausbluten lassen!"
DGB Saar lehnt massive Kürzungen bei Saarländischen Beamtinnen und Beamten ab

Wichtigkeit: Hoch

Pressemitteilung 053/010 des Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar vom 01. Oktober 2010

Roth: "Nicht den Öffentlichen Dienst ausbluten lassen!"
DGB Saar lehnt massive Kürzungen bei Saarländischen Beamtinnen und Beamten ab

Der DGB Saar und seine Mitgliedsgewerkschaften im Öffentlichen Dienst - die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Gewerkschaft der Polizei GdP, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW sowie die Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt IG BAU - lehnen die angekündigten weiteren Kürzungen bei saarländischen Beamtinnen und Beamten ab. Der saarländische Innenminister Stephan Toscani hatte die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen am Donnerstagmittag kurzfristig über die Absichten der Landesregierung informiert, die Beihilfe im Krankheitsfall sowie die Eingangsbesoldung in Folge der Umsetzung der "Schuldenbremse" zu kürzen. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen verlangten von Minister Toscani, er solle ein langfristiges Personalentwicklungskonzept bis mindestens 2019 vorlegen. Bis in das Jahr 2019 muss das Saarland durch die so genannte "Schuldenbremse" jährlich mindestens 80 Millionen Euro strukturell einsparen.

Die Gewerkschaften befürchten, dass diese Einsparungen hauptsächlich durch Kürzungsmaßnahmen auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten erbracht werden sollen. Bisher bekannt seien 30 Millionen Euro an geplanten Kürzungen im Öffentlichen Dienst des Saarlandes. Dies sei jedoch erst der Beginn der Streichungsabsichten.

"Wer funktionierende Öffentliche Dienste als positiven Standortfaktor im Saarland will, darf sie nicht ausbluten lassen", so der DGB-Landesvorsitzende Eugen Roth stellvertretend für die ÖD-Gewerkschaften im DGB Saar. Roth weiter: "Die Beamtinnen und Beamten des Saarlandes haben bereits in der Vergangenheit Opfer in zigfacher Millionenhöhe erbracht. Trotzdem konnte der Landeshaushalt dadurch nicht einmal ansatzweise konsolidiert werden. Sinnloses, rein symbolisches Streichen ohne Sinn und Verstand hilft dem Saarland noch kein Schrittchen weit aus der Schuldenfalle heraus."

Die saarländische Landesregierung muss sich nach Auffassung der Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes im DGB Saar mit Nachdruck für eine Steigerung der öffentlichen Einnahmen einsetzen. Ungerechte Sparmaßnahmen bei den schon häufig zur Ader gelassenen Landesbeamtinnen und Landesbeamten würden im Wettbewerb der Bundesländer um Fachkräfte lediglich den Standortfaktor der öffentlichen Service-Qualität und damit letztlich die Eigenständigkeit als Bundesland untergraben, so die einhellige Einschätzung im DGB. Zumindest Mut und Ehrlichkeit müssten von Seiten der Landesregierung aber dazu führen, dass alle Fakten auf den Tisch kommen und die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes im Saarland nicht stichweise die gesamte Wucht der Einschnitte erfahren müssen. Die ÖD-Gewerkschaften im DGB Saar sind sich einig: "Wir werden das nicht einfach so hinnehmen, sondern laut und stark protestieren. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben diese Behandlung nicht verdient. Wir sehen nicht ein, warum sie für die Krise der Finanzjongleure und vieler Bankmanager, die den Hals nicht voll bekommen, zahlen sollen."

Kontakt:

DGB Saar
Pressesprecher
EURES-Berater
- Thomas Schulz -
Fritz-Dobisch-Str. 5
D-66111 Saarbrücken

Fax: 0049(0)681-4000120
Tel.: 0049(0)681-4000123
Mobil: 0049(0)151-14274847
eMail: thomas.schulz@dgb.de

www.dgb-saar.de